Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT

Abgeordneter Ansgar Georg Schledde (AfD)

Ermittlungsverfahren wegen des Verkaufs des KRH-Geländes in Lehrte - Verbindungen, Informationsflüsse und Vorwürfe unzulässiger Einflussnahme

Anfrage des Abgeordneten Ansgar Georg Schledde (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 16.10.2026

Anfang Oktober 2026 berichteten mehrere Medien (u. a. *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, *Neue Presse*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*) übereinstimmend über Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Hannover im Zusammenhang mit der Veräußerung des ehemaligen Krankenhausgeländes des Klinikums Region Hannover (KRH) in Lehrte.

Demnach richten sich die Ermittlungen u. a. gegen den Unternehmer G. (G&W-Gruppe) wegen des Verdachts wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen, gegen den vormaligen Regionspräsidenten und damaligen KRH-Aufsichtsratsvorsitzenden Steffen Krach wegen des Verdachts der Vorteilsannahme in zwei Fällen sowie der Verletzung von Geschäftsgeheimnissen und wettbewerbswidriger Absprachen und gegen den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Stefan Politze, wegen Beihilfe zu wettbewerbsbeschränkenden Absprachen, Verletzung von Geschäftsgeheimnissen sowie Anstiftung zur Vorteilsgewährung in zwei Fällen.

Im Raum steht der Verdacht, dass vertrauliche Aufsichtsratsinterna und Inhalte einer Beschlussvorlage an den im Bieterverfahren schließlich unterlegenen Bieter durchgestochen wurden, woraufhin dieser sein ursprüngliches Gebot kurzfristig um 700 000 Euro nachbesserte. Zudem stehen Parteispenden bzw. Spendenaufforderungen im Raum. Der Vorgang wirft Fragen hinsichtlich der Integrität kommunaler Vergabeverfahren, der Einhaltung von Compliance-Vorschriften bei kommunalen Eigengesellschaften unter Landes- bzw. Kommunalaufsicht sowie möglicher unzulässiger Verflechtungen zwischen Landespolitik, Kommunalverwaltung und Bietern auf.

1. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung (etwa über die zuständige Kommunal- oder Krankenhausaufsicht bzw. Beteiligungsberichte) über das konkrete Bieter- und Vergabeverfahren zum Verkauf des ehemaligen KRH-Geländes in Lehrte, insbesondere über dessen Beginn, die Zahl der Bewerber, die Bewertungskriterien und den formalen Zuschlagsbeschluss?

2. Trifft es nach Kenntnis der Landesregierung zu, dass nach Erstellung und Versand der Beschlussvorlage an die Mitglieder des Aufsichtsrats der KRH GmbH ein nachgebessertes Angebot eines Bieters über 700 000 Euro über dem Ursprungsgebot eingegangen ist, und wie wurde mit diesem Nachgebot vergaberechtlich und gesellschaftsrechtlich verfahren?

3. Welche Compliance- und Antikorruptionsrichtlinien galten bei der KRH GmbH und deren Aufsichtsgremien zum Zeitpunkt des Bieterverfahrens für bilaterale Kontakte zwischen Aufsichtsratsmitgliedern bzw. Mitgliedern der Geschäftsführung und Bietern, und hat die Landesregierung Erkenntnisse über Verstöße gegen diese Richtlinien?

4. Wann, durch welche Stelle und mit welcher konkreten Begründung wurde nach Kenntnis der Landesregierung Strafanzeige seitens des KRH oder der Region Hannover bei den Strafverfolgungsbehörden erstattet?

5. Welche konkreten Straftatbestände und Verdachtsmomente sind Gegenstand des bei der Staatsanwaltschaft Hannover geführten Ermittlungsverfahrens im Zusammenhang mit dem Klinikgelände Lehrte, soweit hierzu ohne Gefährdung des Untersuchungszwecks Auskunft erteilt werden kann?

6. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über mutmaßliche Parteispenden oder Spendenaufforderungen im zeitlichen oder sachlichen Umfeld der Vergabe vor, insbesondere hinsichtlich einer Spende in Höhe von 9 900 Euro an Parteigliederungen der SPD sowie des in Medienberichten genannten zweiten Falls einer versuchten Spendenanbahnung?

7. Liegen der Landesregierung oder den zuständigen Aufsichtsbehörden Erkenntnisse darüber vor, ob und in welchem Umfang im Vorfeld der Vergabeentscheidung Spenden, Vorteilszusagen oder Sponsoringleistungen an politische Parteien, Wählervereinigungen oder ihnen nahestehende Organisationen durch beteiligte Bieter oder verbundene Unternehmen thematisiert wurden?

8. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob und wenn ja zu welchen Zeitpunkten Kontakte (persönlich, fernmündlich, schriftlich oder elektronisch) zwischen dem damaligen Regionspräsidenten Steffen Krach, dem Abgeordneten Stefan Politze und dem Bieter G. bzw. dessen Vertretern bezüglich des Klinikgeländes Lehrte oder sonstiger Liegenschaftsgeschäfte stattgefunden haben?

9. Hatte der Landtagsabgeordnete Stefan Politze nach Kenntnis der Landesregierung zu irgendeinem Zeitpunkt amtlichen, parlamentarischen oder informellen Zugang zu internen Beratungsunterlagen, Wirtschaftsplänen oder Beschlussvorlagen des Aufsichtsrats der KRH GmbH? Wenn ja, auf wessen Veranlassung?

10. Sind der Landesregierung geschäftliche oder vertragliche Beziehungen zwischen dem Land Niedersachsen, seinen nachgeordneten Behörden oder landeseigenen Gesellschaften einerseits und den Firmen des Unternehmers G. (insbesondere G&W-Gruppe) oder der Firma „Politze & Klebe-Politze GbR“ andererseits bekannt?

11. Wie beurteilt die Landesregierung bzw. das Justizministerium die Tatsache, dass vertrauliche Ermittlungsschritte und Beratungsgegenstände aus dem Ältestenrat des Landtages zur Vorbereitung der Immunitätsaufhebung bereits vor der formalen Beschlussfassung an die Öffentlichkeit gelangten?

12. Wurden von der Staatsanwaltschaft Hannover oder anderen Stellen Ermittlungsverfahren wegen der unbefugten Weitergabe von Dienst- oder Dienstgeheimnissen bzw. Verstößen gegen das Amtsgeheimnis (§ 353b StGB) im Zusammenhang mit den Durchstechereien an die Presse eingeleitet?

13. Welche konkreten Tatvorwürfe, Verdachtsmomente und Handlungen sind Gegenstand des bei der Staatsanwaltschaft Hannover geführten Ermittlungsverfahrens gegen den Bundestagsabgeordneten Adis Ahmetović im Zusammenhang mit dem Bieterverfahren um das KRH-Klinikgelände in Lehrte, und in welchem arbeitsteiligen Verhältnis stehen diese Vorwürfe zu den Ermittlungen gegen Steffen Krach sowie Stefan Politze?

14. Liegen der Landesregierung bzw. den Strafverfolgungs- und Aufsichtsbehörden Erkenntnisse darüber vor, ob, wann und in welcher Funktion Adis Ahmetović (etwa in seiner Rolle als Bundestagsabgeordneter oder als Parteivorsitzender der SPD Hannover) Kontakte zu dem unterlegenen Bieter G. bzw. dessen Unternehmensgruppe hatte, und ob er an der Vermittlung von Kontakten oder Gesprächen zwischen Herrn G., Steffen Krach und/oder Stefan Politze beteiligt war?

15. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, ob Adis Ahmetović Zugang zu vertraulichen Informationen oder Dokumenten des KRH-Aufsichtsrats bezüglich des Geländes in Lehrte hatte, und liegen den Behörden Hinweise darauf vor, dass über ihn oder an von ihm geführte Parteigliederungen Spenden, Spendenanbahnungen oder sonstige Zuwendungen im Zusammenhang mit dem Lehrte-Verfahren geflossen bzw. thematisiert worden sind?

16. Hatten Staatskanzlei und Ressorts in den letzten 10 Jahren Kontakt mit Herrn G., in welchem Themenkomplex wurde der Kontakt gegebenenfalls gepflegt, und welche vertraglichen Verpflichtungen oder Vereinbarungen resultierten daraus?

17. Wann haben Justizministerium, Staatskanzlei, Innenministerium und Sozialministerium jeweils erstmals von der Anzeige des KRH und von den Ermittlungen gegen G., Politze und Ahmetovic erfahren, und auf welchem Weg wurden diese unterrichtet?

18. Hat die Staatsanwaltschaft bei Stellen des Landes Unterlagen angefordert, Durchsuchungen durchgeführt oder Auskunft verlangt, oder wurden Bedienstete des Landes als Zeugen befragt? Wenn ja, bei welchem Ressort?

(verteilt am 27.10.2026)